Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland und Oesterreich: vierteljährlich ℳ 6.—. Directe tägliche Kreuzbandsendung ins Ausland: monatlich ℳ 7.50.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannesgasse 8.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filialen:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 50 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 40 ₰.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. Tabellarischer und Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Für die Montag-Morgen-Ausgabe: Sonnabend Mittag.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 538. **Mittwoch** den 6. November 1895. **89. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Gesucht

wird der am 5. December 1851 in Gohlis bei Riesa geborene Handarbeiter Franz Hermann Kunze, welcher zur Fürsorge für seine Familie anzuhalten ist.

Leipzig, den 4. November 1895.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Armenamt.
A.-R. III No. 1205e. Hentschel. K.

Sparcasse in der Parochie Schönefeld zu Leipzig-Reudnitz, Grenzstraße 3.

Wegen Reinigung der Expeditionsräume bleibt die Sparcasse **Sonnabend, den 9. November 1895,** geschlossen.

Robert Liebert,
Director.

Die Stöckerei gegen den Prinzen und Kaiser Wilhelm II. und gegen den Fürsten Bismarck, 1887 bis 1890.

I.

Bekanntlich hat Herr Stöcker in seinen berühmten Offenbarungen „lauterer geschichtlicher Wahrheit", die ihm in Folge der Veröffentlichung seines Briefes vom 14. August 1888 an den Frhrn. v. Hammerstein abgedrungen wurden, Folgendes bestritten: 1) daß er oder seine Freunde jemals versucht hätten, den Prinzen (jetzigen Kaiser) Wilhelm aus Anlaß der Theilnahme desselben an der Waldersee-Versammlung im November 1887 oder später als einen Anhänger der „christlich-socialen" Richtung auszugeben, 2) daß er jemals versucht oder auch nur daran gedacht habe, Zwietracht zwischen dem Kaiser und Bismarck zu säen. Einige Berliner und Bielefelder Bezirksvereinsgrößen von angeblich „conservativer" Gesinnung haben dem „Seelsorger" a. D. des Herrn v. Hammerstein, Dank ihrer unglaublichen Unkenntniß unserer jüngsten Geschichte, eine Ehrenerklärung ausgestellt, die obige Doppelversicherung des Hofpredigers a. D. billigt. Die ihrer Geschichtskenntniß gleichkommende Einsicht dieser Herren gestattet ihnen weiter, aus dem Briefe des Herrn Stöcker an seinen Freund Hammerstein vom 14. August 1888 herauszulesen, daß Herr Stöcker auch nicht einmal in diesem Briefe die leiseste Andeutung eines Wunsches zu erkennen gegeben habe, zwischen dem Kaiser und Bismarck Mißtrauen und Zwietracht zu säen. Herr Stöcker selbst hat in einer „christlich-socialen" Versammlung diese Auslegung seines Briefes für „unsittlich" erklärt und die officielle „Conservative Correspondenz" hat darnach auch ihrerseits Herrn Stöcker eine Ehrenerklärung ausgestellt und die ganze Erörterung über den Brief Stöcker's vom 14. August 1888 für „abgethan" erklärt.

Die „Kreuzzeitung" und die ihr gleichgesinnten Blätter konnten freilich die Logik und besonders die Wortfassung des Stöcker'schen Briefes nicht mit jener Unerschrockenheit verleugnen, wie die genannten Bezirksvereinsgrößen und Herr Stöcker selbst. Diese Blätter wagten nicht einmal in Abrede zu stellen, daß der „Seelsorger" des Herrn v. Hammerstein in jenem Briefe vom 14. August 1888 sein Seelsorgerkind angelernt habe, wie es für sich selbst und als Chefredacteur der „Kreuzzeitung" die von Herrn Stöcker mit vollendeter Loyalität empfohlene Aussaat des Mißtrauens und der Zwietracht zwischen Kaiser und Kanzler ausstreuen solle. Aber je ärgerlicher diese Enthüllung der heimlichen Umtriebe des Herrn Stöcker jenen tugendhaften Blättern sein mußte, um so lauter erklärten sie: daß weder Herr v. Hammerstein noch die von ihm redigirte „Kreuzzeitung", noch eines der anderen Blätter dieser Richtung jemals auch nur im Traume daran gedacht habe, den heimtückischen Rath des Herrn Stöcker in Thaten umzusetzen, und daher niemals in Gedanken, Worten oder Werken gegen das gute Einvernehmen des Kaisers mit Bismarck gesündigt habe.

Der Zweck dieser Ableugnungen liegt auf der Hand. Herr Stöcker schrieb schon, als er im Juni 1893 bei den Reichstagswahlen kein Mandat mehr erlangte, mit der ihm eigenen rührenden Bescheidenheit in seinem Organ: damit sei „der conservativen Edeltanne der Trieb ausgebrochen". Durch die Veröffentlichung des Briefes vom 14. August 1888 fühlt der Trieb aber auch sein eigenes Wachsthum bedroht. Die Rolle im conservativen Centralvorstand und auf der „christlich-socialen" Bühne, die Herr Stöcker bis dahin spielte, droht ihm entrissen zu werden. Die „Kreuzzeitung" und die übrigen Organe dieser Art befürchten dagegen, alle ehrlichen königs- und reichstreuen Conservativen Preußens und Deutschlands könnten jetzt — wenn erwiesen würde, daß die „Kreuzzeitungspartei" von 1888—1890 ein frevles Spiel mit dem Kaiser und dem Kanzler getrieben habe — eine „reinliche Scheidung" von allen bei diesen Umtrieben betheiligten Preßorganen, Personen und „Grundsätzen" verlangen. Deshalb und nur deshalb sucht diese Abart von „conservativer" Presse die aus ihren eigenen Spalten während der Jahre 1888 bis 1890 tausendfach erweisliche Wahrheit zu leugnen.

Wir unsererseits aber sehen in aller Welt keinen Grund ein, warum wir dieses Lügengewebe nicht zerreißen und jene Herren ihren eigenen Parteigenossen und dem ganzen Volke nicht in ihrer traurigen wirklichen Leibhaftigkeit vorführen sollten. Der Zeiger steht auf 12 Uhr und die Zeit der Maskenfreiheit ist vorüber. Wir wollen die wirklichen Züge der Tempelherren und Kreuzritter schauen, nicht ihre Larven. Und wir schauen sie an der Hand eines Werkes, das lange vor dem gegenwärtigen „Krach" im conservativen Lager, im November 1893, erschienen ist, des Werkes von Dr. Hans Blum, „Das deutsche Reich zur Zeit Bismarck's"*). Mit Genehmigung des Verfassers und der Verlagshandlung geben wir daraus die folgenden urkundlichen Beweise, die alle Ableugnungsversuche des Herrn Stöcker, der „Kreuzzeitung" und ihrer Preß- und Parteigefolgschaft aufs Gründlichste widerlegen. Wir schalten unsererseits die nöthigen Bemerkungen an den geeigneten Stellen ein und beginnen mit Blum's Bericht über die Waldersee-Versammlung und die daran sich knüpfenden Ereignisse (S. 571 flg.):

„Das ganze deutsche Volk, mit Ausnahme der geschworenen Feinde Bismarck's im Deutschfreisinn und Centrum, jauchzte dem Kaiser zu, so oft er den ersten Paladin des Reiches vor allem Volke ehrte und auszeichnete. Gleicher Jubel aber erhob sich, als Prinz und Kaiser Wilhelm die plumpen und frechen Versuche der reactionairen Muckerei und Stöckerei durchkreuzte, den deutschen Thronfolger und Kaiser für ihre engherzigen Parteibestrebungen einzufangen und ihn als blinden Anhänger dieses Treibens auszuspielen. Den Anlaß für dieses dreiste Unternehmen bot eine Versammlung, welche am 28. November 1887 in Berlin beim damaligen Generalquartiermeister Grafen Waldersee stattfand und den Zweck verfolgte, Mittel für die Berliner Stadtmission zu beschaffen. An dieser Versammlung nahmen auch Prinz und Prinzessin Wilhelm theil, außerdem Männer aller kirchlichen Richtungen; neben Stöcker Nationalliberale, wie von Benda, Hansemann ꝛc., und zwar Männer aus dem ganzen Deutschen Reiche, weil der Zweck jener Versammlung war, in allen Kreisen Deutschlands Mittel zu sammeln, um dem kirchlichen Nothstand, dem die in den Vorstadtgemeinden Berlins aus allen deutschen Gauen zusammenströmenden deutschen Brüder ausgesetzt waren, zu steuern. Graf Waldersee betonte dabei, daß die Berliner Stadtmission absolut keiner Partei angehöre. Prinz Wilhelm sprach in einer kurzen Rede seine Zustimmung zu den Ausführungen des Grafen Waldersee aus. Die „Kreuzzeitung" aber legte in ihrem Bericht über die Rede des Prinzen diesem den Ausdruck „christlich-socialer Gedanke" in den Mund, und sofort fuchte sich die Stöckerei mit eifriger Beflissenheit an die Sohlen des Prinzen Wilhelm anzuheften. Gegen dieses Treiben gingen auch conservative Organe, wie die „Post", aufs Schärfste vor."

Wir schalten unsererseits hier die Artikel der „Post" ein, die Blum im Auge hat. Der erste dieser Artikel erschien am 24. December 1887 und führte aus:

„Der nationale Gedanke werde von den geistig und social höher stehenden Schichten der Gesellschaft getragen und finde erst allmälig in den breiteren Schichten der Gesellschaft Boden. Dann fuhr „die Post" wörtlich fort:

„Zu den empfindlichsten Störungen, welche dieser Proceß erleiden könnte, würde ein Wiederaufleben einer stärkeren klerikal-conservativen Strömung in Verbindung mit Stöckerei und christlich-socialen Tendenzen gehören. Denn darüber besteht kein Zweifel, daß gerade in den höheren gebildeten Kreisen der Nation ein entschiedener Widerwille gegen Muckerei und Stöckerei besteht. Dazu kommt, daß die Beflissenheit, mit welcher die Stöckerei sich an die Sohlen des Prinzen Wilhelm anzuheften sucht, für diesen und für seine künftigen Aufgaben nur schädliche Folgen haben kann."

Darauf entgegnete die „Kreuzzeitung" mit einer Heftigkeit, Unwahrheit und Unsachlichkeit, die auf Herrn Stöcker als Verfasser dieser Entgegnung hinwies: Die Versammlung beim Grafen Waldersee habe keinen anderen Zweck gehabt als christliche Liebesthätigkeit — was die „Post" gar nicht bestritten hatte — und sei auch von keinem conservativen Blatte zu Parteizwecken ausgebeutet worden — also ziemlich wörtlich dasselbe, was heute Herr Stöcker über jene Angelegenheit „historisch" plaudert. Die „Post" aber fertigte dieses Gerede am 29. December mit folgenden Worten ab:

„Erst als aus zahlreichen Einzelwahrnehmungen der unabweisbare Schluß gezogen werden mußte, daß die klerikale conservative Partei und insbesondere die Richtung Stöcker die Person des Prinzen Wilhelm als Vorspann für ihre Parteizwecke mißbrauchen will, als selbst kaum mehr daran zu zweifeln war, daß, als man den Prinzen Wilhelm für die Stadtmission interessirte, in der Hauptsache der Zweck verfolgt wurde, für die Fructificirung seines Namens in majorem gloriam jener Richtung die Möglichkeit zu gewinnen, erst da haben wir unsere Meinung mit der gewohnten Deutlichkeit ausgesprochen. Acht der königstreuen Gesinnung unseres Volkes, ist es ohne Zweifel ein mächtiger Hebel für die Bestrebungen einer politischen Partei, wenn sie dieselben an den Namen eines Erben der Krone Preußens und des Reiches anknüpfen kann; diesem aber und dem Kaiserhause kann kein schlechterer Dienst erwiesen werden, als wenn man sie zu Schirmherren einer einseitigen Parteipolitik und namentlich einer solchen extremster Richtung in der öffentlichen Meinung zu stempeln sucht. Nicht nur schädlich, sondern geradezu gefährlich ist es, wenn dies, wie bezüglich des Prinzen Wilhelm, ohne thatsächliche Unterlage und selbst wahrheitswidrig geschieht. Moralisch am verwerflichsten aber ist ein solcher Mißbrauch von einer Richtung, welche die Königstreue und monarchische Gesinnung vorzugsweise im Munde führt und sich mit einem besonders hohen Maße derselben brüstet. Ein solches Gebahren geht noch weit über jenes Wort: „Und der König absolut, wenn er unsern Willen thut" hinaus; es ist ein Act der schlimmsten Heuchelei, daß man die Nothwendigkeit mit Emphase betont, das Königthum gegen den Anarchismus zu vertheidigen, und sich eine Art Verkämpferthums in diesem Kampfe anmaßt, zugleich aber die Autorität und das Vertrauen thatsächlich erschüttert, indem man das Königshaus als Deckung für seine eigenen Partei- und Herrschaftsgelüste mißbraucht."

Dieser Artikel war besonders bedeutsam, da die „Post" schon seit 1877 oft zu den intimsten Mittheilungen aus dem Reichskanzler-Palais benutzt wurde, und weil er sich auf „zahlreiche Einzelwahrnehmungen" stützte, um die eben vorgetragenen „unabweisbaren Schlüsse" daran zu knüpfen. Wir wenden uns nun wieder zu der Darstellung Hans Blum's, a. a. O. S. 571/2. Er fährt fort: „Prinz Wilhelm selbst wies diese Anmaßung scharf zurück. Denn als ihm die Hofprediger am 1. Januar 1888 ihre Glückwünsche darbrachten und darin sich so stellten, als hätten die tadelnden Urtheile der Presse dem Prinzen gegolten, seinem „lauteren Eintreten für die Arbeit des Reiches Gottes", da antwortete der Prinz: „Die von Ihnen erwähnten Mißdeutungen werden mich nicht abhalten, dem Vorbilde unseres erhabenen Kaisers und meines theuren Vaters folgend, unbeirrt von politischen Parteibestrebungen, stets zur Hebung des Wohles aller Nothleidenden nach Kräften beizutragen." Und als trotz dieser deutlichen Zurechtweisung die Stöckerei immer von Neuem die Aussprache des Prinzen auf der „Waldersee-Versammlung" zu fälschen versuchte, da hielt einer der Theilnehmer dieser Versammlung, der greise Abgeordnete v. Benda, Ende October 1888 in Magdeburg eine Rede, in der er erklärte: er habe die Aeußerungen des Prinzen Wilhelm unmittelbar nach jener Versammlung für sich niedergeschrieben und könne auf Grund dieser Aufzeichnung unbedingt versichern, der hohe Herr habe ein durch politische und religiöse Parteistellung ungetrübtes Eintreten für die Berliner Stadtmission gefordert. Nun ertrotzelte sich der Stöcker'sche „Reichsbote", die Rede v. Benda's als „eine Ausnützung der Person des Kaisers zu Cartell-Wahlzwecken" zu bezeichnen. Da wurde jedoch diesem Treiben ein für allemal ein Ende gemacht durch die Mittheilung des officiösen „Hamburger Correspondenten": „Daß der junge Kaiser, noch während er sich auf der Reise (zum König von Italien in Rom und Neapel) befand, Herrn v. Benda für die in Magdeburg gesprochenen Worte telegraphisch herzlich gedankt habe."

Wir werden unten die noch viel schärferen Worte vortragen, die ein intimer Vertrauter des Kaisers, Graf Douglas, vor dem Beginn der italienischen Reise des Kaisers, am 4. October 1888 zu seinen Wählern in Aschersleben gegen diesen Mißbrauches der kaiserlichen Autorität von Seiten der Stöckerei gerichtet hatte. Ihm dankte der Kaiser sogar noch auffälliger dadurch, daß er den Grafen zur Theilnahme an der Reise nach Italien einlud. Diese Vorgänge folgten nur wenige Monate auf jenen berufenen Auguslibrief des Herrn Stöcker an den Frhrn. v. Hammerstein, und aus der folgenden Darstellung von Hans Blum erkennen wir auch deutlich die unmittelbaren Anläße zu diesem Briefe, sowohl auf politischem als auf kirchlichem Gebiete. Unsere Quelle führt nämlich (S. 578 flg.) fort: „Seine maßvolle Haltung in der inneren Politik und im Kampfe der Parteien bethätigte der Kaiser auch durch zahlreiche andere Entschließungen und Erlasse. So ließ er sich von der extremconservativen Partei durchaus nicht dazu drängen, Herrn von Puttkamer wieder als Minister anzustellen, lehnte aber zu Beginn des Jahres 1889 die unleugbaren bedeutenden Verdienste des vormaligen Ministers durch Verleihung des Schwarzen Adlerordens. Weiter veranlaßte Kaiser Wilhelm persönlich die Ernennung des hochverdienten Führers der Nationalliberalen, Rudolf von Bennigsen, zum Oberpräsidenten von Hannover (29. August 1888). Wenige Tage später, am 31. August, ließ der Kaiser die herrlichen letztwilligen Aufzeichnungen seines Großvaters, des Kaisers Wilhelm I., im „Reichsanzeiger" veröffentlichen „zur Ehre des Entschlafenen, als ein Vorbild für Mein Haus und für Mein Volk", um ganz Deutschland ein dem Streite der Parteien längst entrücktes, zur nationalen Eintracht und Versöhnung gemahnendes hohes Heldenwesen in den geheimsten und schönsten Herzensregungen als Leuchten über dunkeln Wegen leuchtend emporsteigen zu lassen. Auf die Huldigungsadresse der deutschen Bischöfe vom 29. August antwortete der Kaiser am 7. November unter Anderem: „Daß ich die Glaubensfreiheit Meiner katholischen Unterthanen durch Recht und Gesetz gesichert weiß, stärkt Meine Zuversicht auf dauernde Erhaltung des kirchlichen Friedens." Die Verständigung mit Rom über die weitere Besetzung erledigter preußischer Bischofsstühle bestätigte die kaiserliche Voraussage."

„Die Verständigung mit der romanisirenden, unduldsamen und anmaßlichen „Rechtgläubigkeit" in der evangelischen Kirche, mit den Herren Stöcker und Genossen, war dagegen schwieriger zu gewinnen. Einen neuen Anlaß zur Aussaat von Zwietracht und zur Auflehnung gegen die Regierung fand diese Abart von Christen am „Fall Harnack". Am 19. September 1888 war nämlich der kirchlich-freisinnige Professor der Kirchengeschichte, Adolf Harnack von Marburg, an die Berliner Hochschule berufen worden. Die Verhandlungen hierüber hatten schon lange geschwebt, die theologische Facultät zu Berlin hatte die Berufung Harnack's mit allen gegen eine Stimme vorgeschlagen, der Oberkirchenrath aber hatte sie mit einer einzigen Stimme Mehrheit abgelehnt, weil Harnack der Schule Ritschl's angehöre. Ihrer grundsätzlichen Bedeutung halber brachte der Cultusminister die Sache vor das Gesammtministerium, und dieses entschied sich nach dem Antrage des Cultusministers unter dem Vorsitz des Fürsten Bismarck und auf dessen Anregung*) für die Ernennung Harnack's, die der Kaiser und König auch unmittelbar darauf vollzog. So helle Freude diese männliche That des Kaisers bei allen Bekennern evangelischer Freiheit hervorrief, um so seltsamer gebärdeten sich dagegen die sogenannten „lebendigen Christen" um Stöcker und dieser selbst, die doch sonst auch den Alleinbesitz der Königstreue für sich beanspruchten wie den Alleinbesitz des wahren Glaubens. Denn der Hofprediger Stöcker schrieb Anfang October in der von ihm herausgegebenen „Deutschen Evangelischen Kirchenzeitung":

„Das Unerwartete ist geschehen; entgegen dem Urtheil der obersten Kirchenbehörden (in Wahrheit nur des Oberkirchenrathes, der nach dem von König Friedrich Wilhelm IV. hierüber erlassenen Gesetze kein „Urtheil", sondern nur ein Gutachten abgiebt) hat der Cultusminister an dem Mann seiner Wahl festgehalten." (Daß aber das Gesammtministerium unter Bismarck's Vorsitz und Fürwort der Berufung Harnack's zugestimmt hat, verschweigt Stöcker.) „Jeder lebendige Christ, der bewußt an dem Geschick der Kirche theilnimmt, muß jetzt Stellung nehmen. Uns scheint, daß die Frage der Mitwirkung der Kirche bei Berufung der Professoren damit in ein Stadium neuer Verschärfung eingetreten ist." (Dabei wird wiederum verschwiegen, daß eine solche „Frage" nach preußischem Rechte gar nicht aufgeworfen werden kann, da die „Mitwirkung der Kirche" eben nur in einer gutachtlichen Aeußerung des Oberkirchenrathes besteht, die Entscheidung aber ausschließlich in der Hand der Regierung und des Königs liegt, und zwar bei dem letzteren in seiner doppelten Eigenschaft als Regent, der alle Staatsbeamten (auch Professoren) anstellt, und als oberster Bischof der evangelischen Kirche. Der Stöcker'sche Artikel ist aber auch deshalb besonders bemerkenswerth, weil er zum ersten Mal das in der Folgezeit noch deutlicher hervorgetretene verfassungswidrige Streben Stöcker's bekundet, sich selbst und seinen Glaubensgenossen die Rechte des Königs in kirchlichen Dingen anzumaßen. Denn der Artikel setzt hinzu: „Die obersten Instanzen der Kirche haben an der richtigen Ernennung der Professoren ein viel größeres Interesse als die Regierung oder die Facultät oder ein einziner Rath. So wie der Fall Harnack sich gestaltet hat, bedeutet er die völlige Unselbständigkeit der organisirten Kirche in der Erziehung ihrer Diener und die völlige Willkür der Staatsbehörden.")

„Man kann sich den Zorn dieser „Rechtgläubigen" vorstellen, als dann in Folge dieses Vorganges die Universität Gießen, an welcher Harnack früher als Professor gewirkt hatte, 1888 am Geburtstag Luther's dem Fürsten Bismarck den Ehrentitel eines Doctors der Theologie verlieh und in dem lateinischen Elogium der Urkunde sagte:

„Dem reichbewährten, vornehmsten Rathgeber der evangelischen Könige von Preußen, der erlauchten Stütze der evangelischen Sache in aller Welt, welcher darüber wacht, daß die evangelische Kirche gemäß ihrer Eigenart und nicht nach fremdartigem, für sie verderblichem Vorbilde regiert werde; dem tiefblickenden Staatsmanne, der erkannt hat, daß die christliche Religion allein Heil bringen kann der socialen Noth, die christliche Religion, die ihm die Religion der thatkräftigen Liebe, nicht der Worte, des Herzens und Willens, nicht der bloßen Speculation ist; dem einsichtigen Freunde aber deutscher Universitäten, der zumal den evangelischen Facultäten theuer geworden ist durch die Entschlossenheit, mit welcher er für die Freiheit derselben eingetreten ist, ohne welche sie dem Evangelium und der Kirche nicht dienen können."

Das Organ Stöcker's schrieb am 24. November darüber: „Jammern und winseln, daß der Papst als Friedensfürst gefeiert, zur Entscheidung in den Welthändeln aufgefordert und in die deutsche Politik hineingezogen wird*), dabei aber den leitenden Staatsmann, welcher diese Politik vertritt, zum Doctor der evangelischen Theologie ernennen: das vermögen nur Männer, die nicht wissen, was sie wollen, oder nicht wollen, was sie wissen." Die Verstimmung der Stöckerkreise nahm aber noch erheblich zu, als dann weiter bekannt wurde, Fürst Bismarck habe die ihm von Gießen erwiesene Ehre dankend angenommen und in seiner Antwort vom 22. November gesagt:

„Meinem Eintreten für duldsames und praktisches Christenthum verdanke ich diese Auszeichnung. Wer sich der eigenen Unzulänglichkeit bewußt ist, wird in dem Maße, in welchem Alter und Erfahrung seine Kenntniß der Menschen und der Dinge erweitern, duldsam für die Meinung Anderer."

Da fuhr der Stöcker'sche „Reichsbote" am 7. December los: „Die Duldsamkeit ist eine christliche Tugend; nur darf man unter Duldsamkeit nicht jene Gleichgültigkeit gegen die Wahrheit verstehen, die erfahrungsmäßig aus Furcht und Haß gegen das Bekenntniß einer bestimmten Wahrheit außerordentlich tolerant gegen jede Art des Unglaubens, aber intolerant gegen den positiven Glauben wird." "

*) Bezieht sich darauf, daß Bismarck bei dem Streit mit Spanien über die Karolineninseln 1885 dem Vorschlag Spaniens zugestimmt hatte, dem Papst die Vermittlerrolle zu übertragen. Der Verfasser.

Deutsches Reich.

Z. **Berlin**, 5. November. In Berlin werden die Gemüther durch zwei örtliche Angelegenheiten in einige Erregung versetzt: die Frage des Offenhaltens und der Beleuchtung der Räume der nächstjährigen Berliner Gewerbeausstellung in den Abendstunden und die städtischen Wahlsachen. Es ist nicht vorauszusehen, daß man sich „im Reiche" für das Repräsentationsunternehmen einer Stadt, die das letzte Mal durch die Verweigerung eines Glückwunschtelegramms für den achtzigjährigen Bismarck von sich reden gemacht hat, sonderlich interessire. Aber die Angelegenheit der Ausstellungsbeleuchtung verdient auch anderwärts Aufmerksamkeit. An sich wird man die Frage, ob die Besichtigung der ausgestellten Gegenstände nach eingebrochener Dunkelheit im Sommer nothwendig ist oder nicht, verschiedener Meinung sein können, ohne als großthuerisch resp. engherzig gelten zu müssen. Aber in Berlin ist von den Ausstellern von Anfang an das größte Gewicht auf die Beleuchtung gelegt worden und die Leitung des Unternehmens hat nach längerem Weigern dem Rechnung getragen und die Beleuchtung beschlossen. Jetzt, nachdem die Aussteller angemeldet und verpflichtet sind, bedt man den Beschluß auf und begründet dies mit technischen Unmöglichkeiten und finanziellen Schwierigkeiten. Darüber von allen Seiten der Ruf: Wortbruch! Wortbruch gegenüber den Ausstellern und Wortbruch gegenüber den zu erwartenden fremden Besuchern, denen man den Mund nach der Beleuchtung wässrig gemacht habe. Das ist nur äußerlicher Grund. In der Sache ist richtig, wenn weiter ins Treffen geführt wird, daß man in Berlin allgemein die Zugänglichmachung der Ausstellungsräume in den Abendstunden wünsche. Sodann wird es als ein Gebot der socialen Gerechtigkeit hingestellt, der zahllosen Menge Derer, die nur nach Tagesschluß ihrer Berufspflichten letzig sind, den Besuch zu ermöglichen. Diesem Grunde, wenn er Gewicht haben soll, liegt freilich die Voraussetzung zu Grunde, daß die Ausstellung in irgend einer Weise bildend zu wirken im Stande sein werde. Nach dieser Richtung hin sind allgemeine Ausstellungen einer nicht unverdienten Geringschätzung verfallen, für welche Thatsache nichts charakteristischer ist, als ein Argument, mit welchem in Berlin ein feuriger Anhänger der Beleuchtung für diese eingetreten ist. Der gute Mann rief in einer Versammlung der Aussteller entrüstet aus: „Das einzige Gute und Neue, was die Ausstellung hätte bieten können, eine schöne, künstlerische Beleuchtung, sollen wir nicht haben!" Ein naives Eingeständniß. Aber trotzdem: wenn in Berlin einmal eine Ausstellung stattfindet, wäre es eigenthümlich, etlichen Zehntausenden von Berlinern die Besichtigung der ausgestellten Gegenstände so gut wie unmöglich zu machen. Das geschieht, wenn alle an den Wochentagen voll Beschäftigten auf die Sonntage angewiesen werden, denn an diesen Tagen wird der Andrang ungeheuer sein. Es kommen dabei keineswegs allein oder auch nur in erster Linie die Arbeiter im engeren Sinne in Betracht. Nach dem Vorgange anderer Arbeitgeber in und in der Nähe von Städten, wo Ausstellungen stattfanden, werden wohl auch die Berliner ihren Arbeitern die Muße gönnen, an einem Wochentage die Ausstellung zu besuchen. Aber den Beamten, Lehrern, den im Privatdienst angestellten Angehörigen des Mittelstandes, dem ungeheuren Heere der im Detail-Handel Beschäftigten ist eine solche Vergünstigung schwer möglich und vielfach ganz ausgeschlossen. Diesen Gründen gegenüber ist es begreiflich, daß der Hinweis auf die Kosten der Beleuchtung, die nicht über 300 000 bis 400 000 ℳ betragen sollen, in einer (die Vororte eingerechnet) Zweimillionenstadt keinen Eindruck

*) Leipzig, Bibliogr. Institut, 1893.

*) Da der „Fall Harnack" schon lange schwebte und Bismarck aus seiner um Mitte September 1888 im Ministerium abgegebenen Meinung zu Gunsten Harnack's schon lange zuvor kein Hehl machte, so lag hier jedenfalls eines der „klerikalen" Motive für den Herrn Hofprediger zur Abfassung seines famosen Augustbriefes. Der Verfasser.